



Hauptausschuss

55. Sitzung (öffentlich)

25. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

7

Der Ausschuss verständigt sich - in Abwesenheit der Fraktion der FDP - darauf, den **TOP 7**

Scientology - Beobachten, aufklären, informieren!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5567

heute nicht zu behandeln, sondern stattdessen in der nächsten Sitzung einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden und den o. g. Antrag für erledigt zu erklären.

Ferner kommt der Ausschuss - in Abwesenheit der FDP-Fraktion - überein, den **TOP 8**

Verbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend“ beim Bundesinnenminister vorantreiben

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7355

angesichts neuer Entwicklungen heute ebenfalls nicht zu behandeln.

1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7000 - Einzelberatung der Haushaltsansätze -	
	Einzelplan 01 - Landtag	8
	Ergänzende Erläuterungen Änderungsantrag der Fraktion der CDU der Fraktion der SPD der Fraktion der FDP der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7400	
	Einzelplan 02 - Ministerpräsident	9
	Vorlagen 14/1966, 14/2024 und 14/2088	
	Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen	10
	Kapitel 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten	11
	Kapitel 02 100 - Vertretung des Landes beim Bund	12
	Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union	15
	Kapitel 02 200 - Medien und Telekommunikation	15
	Einzelplan 15, Kapitel 15 081 - Landeszentrale für Politische Bildung	17
	Vorlage 14/2056	

2 Föderalismuskommission II für eine zukunftsfähige Gestaltung der Finanzsysteme nutzen 21

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/4338

APr 14/603 (Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss)

- abschließende Beratung und Abstimmung
(Bestätigung des Votums des HFA, Vorlage 14/2062)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

3 Parlamentsinformationsrechte 27
(TOP beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 9. September 2008)

Der Ausschuss wird das Thema nach Vorliegen der Papiere wieder aufgreifen.

4 Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein (kurz: Vertragsländer) über die Nordwestdeutsche Klassenlotterie (kurz: NKL) 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung und

Antrag

der Landesregierung

auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag

gemäß Art. 66 S. 2 der Landesverfassung

Drucksache 14/7434

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratung in der Sitzung am 30. Oktober fortzusetzen. Die SPD-Fraktion will ihre Fragen schriftlich bei der Landesregierung einreichen. Staatssekretär Karsten Beneke sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

- 5 Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten des Landes Baden-Württemberg zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen** 30

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 S. 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/7393

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)

Der Ausschuss billigt den Staatsvertrag einstimmig.

- 6 Elfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)** 31

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 S. 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/7305

Der Ausschuss billigt den Staatsvertrag einstimmig.

- 7 Scientology - Beobachten, aufklären, informieren!** 32

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5567

- 8 Verbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend“ beim Bundesinnenminister vorantreiben** 33

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7355

- 9 Verschiedenes** 34

- a) Bedarfssitzung des Ausschusses am 16. Oktober 2008** 34

Hauptausschuss

25.09.2008

55. Sitzung (öffentlich)

nie

b) Sitzung des Ausschusses am 30. Oktober 2008	34
c) Haushaltsberatungen	34
d) Einladung der Vorsitzenden der KEK, Prof. Dr. Insa Sjurts	34
e) Anhörung zu dem Antrag „Optimierung der Gesetzgebung“	34
Der Ausschuss erklärt sich einverstanden, diese Anhörung am 5. Februar 2008 durchzuführen.	
f) Einladung der EU-Kommission	34

* * *

4 Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein (kurz: Vertragsländer) über die Nordwestdeutsche Klassenlotterie (kurz: NKL)

Gesetzentwurf
der Landesregierung und
Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 S. 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/7434

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)

(vom Plenum am 17. September 2008 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)

Vorsitzender Werner Jostmeier informiert über die Mitteilung der SPD-Fraktion, es bestehe ihrerseits erheblicher Nachfragebedarf. Sollte heute keine Abstimmung erfolgen, so der Vorsitzende, sollte die Beschlussfassung spätestens am 30. Oktober erfolgen.

Der Staatsvertrag solle zum 1. April 2009 in Kraft treten.

Carina Gödecke (SPD) macht Klärungsbedarf auch noch innerhalb der SPD-Fraktion zu diesem dem Ausschuss erst letzte Woche überwiesenen Staatsvertrag geltend, was eine Abstimmung heute ausschließe.

Es bestehe übrigens ein Zusammenhang zwischen der NKL bzw. dem Staatsvertrag und dem im Hauptausschuss sehr intensiv beratenen Lotteriestaatsvertrag. In der Kürze der Zeit habe es noch keine Gelegenheit gegeben, darüber in der Fraktion zu beraten und Fragen zu klären.

Einige der Fragen richteten sich, wie gesagt, auf den Lotteriestaatsvertrag und dessen Auswirkungen, die sich bei der NKL deutlich widerspiegeln. So hätten inzwischen viele Menschen Erfahrungen sammeln müssen, wie das Werbeverbot durch sehr aggressive Telefonwerbung für die NKL umgangen werde.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratung in der Sitzung am 30. Oktober fortzusetzen. Die SPD-Fraktion will ihre Fragen schriftlich bei der Landesregierung einreichen. Staatssekretär Karsten Beneke sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

